Wer wir sind

Wir sind das Bündnis Alle Dörfer Bleiben, und kämpfen seit mehr als 5 Jahren für den Erhalt aller Dörfer am Tagebau Garzweiler II.

Schon vor 5 Jahren haben wir die für den Stadtrat kandidierenden, demokratischen Parteien schriftlich nach ihren Positionen zu den Themen Braunkohle und Strukturwandel befragt. Da das Erkelenzer Land auch nach dem beschlossenen Braunkohleausstieg weiter von diesen Themen geprägt ist, haben wir uns entschieden diese Befragung in angepasster Version zu wiederholen.

Bis auf die Bürgerpartei und Die Linke haben schließlich alle Parteien geantwortet.

Die Rückmeldungen sind wie schon beim ersten Mal ermutigend bis ernüchternd, vorhersehbar bis überraschend. Wir freuen uns sehr, hier einen Überblick über die Antworten zu veröffentlichen.

Viel Spaß beim Lesen!
Bei Rückfragen erreichen Sie uns unter info@alle-doerfer-bleiben.de

- besonders fortschrittlich, klima- und bürger*innenfreundlich
- gemischte Ansätze
- Für Klima und Bürger*innen wahrscheinlich keine Hilfe

Ergebnisse

	GRÜNE	CDU	FREIE WÄHLER	FDP	SPD
Sprechen Sie sich gegen eine weitere Ausweitung der Fläche des Tagebaus Garzweiler aus?	●	●	●	●	●
Befürworten Sie die langfristige Erhaltung und Entwicklung der geretteten Dörfer (wie z.B. Keyenberg oder Kuckum)? Welche Maßnahmen wollen Sie dafür treffen?	●	●	●	●	●
Sollen die Bewohner*innen dieser Orte verbindlich in alle Planungsprozesse einbezogen werden, die ihre Dörfer betreffen?	●	●	●	●	●
Wollen Sie Projekte im Bereich Erneuerbare Energien fördern, die in den Händen von Bürger*innen , Genossenschaften oder Kommunen sind? Wenn ja, wie?	●	●	●	●	●
Befürworten Sie einen dichteren Takt und ein erweitertes Liniennetz im ÖPNV der Erkelenzer Lands, vor allem in den geretteten Dörfern? Wie möchten sie dies erreichen?	●	●	●	●	●
Unterstützen sie einen deutlich preisreduzierten oder sogar ticketfreien ÖPNV? (bitte beide erwähnten Möglichkeiten beantworten)	●	●	●	●	●

Braunkohle und Strukturwandel

KOMMUNALWAHL-CHECK

Überblick der Positionen von Erkelenzer Parteien

Hintergrund

Die Grünen lehnen eine Ausweitung des Tagebaus ab. Sie verweisen auf politische Erfolge wie den Kohleausstieg bis 2030, streben jedoch keine weitere Verkleinerung an. Sie setzen sich intensiv für den langfristigen Erhalt und die nachhaltige Entwicklung der geretteten Dörfer ein.

Verbindliche und echte Beteiligung ist ein zentrales Anliegen. Beteiligungsformate sollen institutionell gestärkt und ausgebaut werden.

Die GRÜNEN fördern aktiv Bürgerenergieprojekte, u. a. durch Beteiligungsmodelle an Windkraftanlagen und durch Ausbau kommunaler Solarflächen.

Ein dichter Takt im ÖPNV und weitere Angebote in den Dörfern werden aktiv unterstützt. Bürgerprojekte wie die „Ringbuslinie Alte Dörfer“ erhalten politische Rückendeckung. Ein 1€-Ticket für Fahrten im Stadtgebiet wird konkret gefordert. Erst langfristig wird ein ticketfreier Nahverkehr angestrebt.

Die CDU Erkelenz zeigt sich zufrieden mit dem Erhalt der geretteten Tagebaudörfer, schlägt jedoch

keine Maßnahmen für eine weitere Verkleinerung des Tagebaus vor. Um den langfristigen Erhalt der Tagebaudörfer zu sichern, bezieht sie sich lediglich auf die vom Stadtrat getroffene Zukunftsvision und zusätzlich die umstrittene Bundesgartenschau 2037. Sie bekennt sich eindeutig zu einer verbindlichen Einbeziehung der Dorfbewohner*innen in die kommunale Planung. Die CDU möchte erneuerbare Energie in Bürger*innen-Hand unterstützen, schlägt aber keine konkreten Maßnahmen dafür vor. Sie will das Liniennetz des Öffentlichen Nahverkehrs in der Region erweitern und den Takt verdichten. Kostenlose Busse&Bahnen für alle lehnt sie aber ab.

Die Freien Wähler sprechen sich klar und konsequent gegen eine Ausweitung der Tagebaufläche aus – machen jedoch keine Vorschläge für eine weitere Verkleinerung. Die langfristige Erhaltung der Dörfer wird befürwortet. Historisch bedeutsame Gebäude und Orte sollen erhalten werden – auch durch Ankauf durch die Stadt.

Die Freien Wähler fordern verbindliche Beteiligung der Bewohner*innen und sprechen sich generell für mehr und einfachere Bürgerbeteiligung aus.

Bürgernahe Energieprojekte wie genossenschaftliche Windkraft werden unterstützt

– sofern sie mit Umwelt und Anwohnern in Einklang stehen. Großdimensionierte PV-Freiflächenanlagen werden abgelehnt.

Ein verbesserter ÖPNV wird befürwortet, jedoch mit Fokus auf flexibel einsetzbare Busse statt einem großflächigen Liniennetzausbau. Ein preisreduzierter oder ticketfreier Nahverkehr wird abgelehnt, sofern keine Gegenfinanzierung durch Einsparungen in anderen Bereichen erfolgt.

Die FDP lehnt eine Ausweitung der Tagebaufläche klar ab, nennt aber auch keine Maßnahmen zur weiteren Verkleinerung. Der langfristige Erhalt der geretteten Dörfer wird ausdrücklich befürwortet. Die FDP begleitet den Prozess „Zukunftsdörfer“ konstruktiv weiter. Eine über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinausgehende Beteiligung der Bürger*innen wird als notwendig erachtet, jedoch keine Verbindlichkeit des Bürger*innenwillens zugesichert.

Bürgerliches und kommunales Engagement für Erneuerbare Energien wird begrüßt – ob privat oder genossenschaftlich organisiert.

Nur bedarfsgerechter ÖPNV wird unterstützt. Die FDP setzt auf bessere Partnerschaften und mehr Wettbewerb, um die Anbindung zu verbessern. Weder deutliche Preisreduktionen noch ein ticketfreier ÖPNV werden für finanziell realistisch oder mittelfristig sinnvoll gehalten.

Die SPD Erkelenz spricht sich gegen eine weitere Vergrößerung des Tagebau Garzweilers aus, strebt aber keine weitere Verkleinerung an.

Auch die langfristige Erhaltung der ehemaligen Tagebaudörfer befürwortet sie, und fordert außerdem ein Mitdenken der Tagebauranddörfer in der Bürgerbeteiligung. Für eine Einbeziehung der Dorfbewohner*innen in Planungsprozesse spricht sie sich zwar aus, koppelt diese aber an die Stadt Erkelenz und den Zweckverband Landfolge, die sich bisher gegen eine verbindliche Bürgerbeteiligung stellen.

Die SPD macht keine klare Aussage zu Energie in Bürgerhand, und verweist auf einen Beschluss des Stadtrates zur Windenergie. Im Bereich öffentlicher Nahverkehr setzt sie sich für eine Ringbuslinie um den Tagebau ein, macht aber sonst keine Angaben. Kostenfreie Busse&Bahnen für alle hält die SPD nicht für realisierbar.

■ **Die Antworten** der Parteien im Wortlaut und weitere Hintergründe: